

## **Protokoll der Parlamentssitzung**

**Montag, 19. September 2005 19.00 bis 20.30 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld**

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend:

Antenen Peter, SP	Mader Mélanie, SP
Arm Alfred, SP	Matter Brigitta, SD
Balz Christian, FDP	Mooser Barbara, FDP
Bichsel Bernhard, jfk	Moser Hans, SVP
Bühler Evelyn, FDP	Pestalozzi Hansueli, GB
Burren Christian, parteilos	Riesen Anton, FDP
Bussard Lorenz, SVP	Rohrbach Verena, SVP
Caminada Ignaz, CVP	Salvisberg Ulrich, SVP
Egli Claudia, SP	Schörlin Marlise, SP
Graber Martin A., SP	Sedlmayer Katrin, SP
Gysel Hermann, EVP	Staub Hugo, SP
Hänni Thomas, FDP	Staub Stephie, SP
Henggi Harald, FDP	Stähli Markus, SVP
Hofer Niklaus, SVP	Streiff Marco, EVP
Krebs Daniel, SVP	Troxler Elisabeth, SP
Lagger Valentin, CVP	Vifian Christian, SP
Maibach Urs, GB	Wyss Ursula, LdU
Lehmann Stefan, SVP	Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt:

Deuber Beat, SP
Deutsch Sandra, FDP
Giger Beat, SD

Gemeinderat

Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Streiff Marianne, EVP
Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident	Studer Ueli, SVP
Berger Verena, SP	Wilk Urs, FDP
Sommaruga Simonetta, SP	

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth



<b>Geschäfte</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Protokoll</b> .....	106
<b>2. Kommissionsersatzwahlen</b> .....	106
<b>3. Areal Alte Migros Landorfstrasse, Köniz, Architektur- und Investorenwettbewerb</b> .....	106
Kredit; Präsidial- und Finanzdirektion / Direktion Planung, Umwelt und Verkehr .....	
<b>4. Grünflächen- und Baumpflege 2006 bis 2013</b> .....	110
Verpflichtungskredit; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr .....	
<b>5. Städtepartnerschaft Köniz-Prijepolje, Spezialfinanzierung</b> .....	112
Reglement; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule .....	
<b>6. Verschiedenes</b> .....	117

## Begrüssung

**Die Parlamentspräsidentin:** Ich heisse euch zur heutigen Sitzung herzlich willkommen. Uns erwartet aller Voraussicht nach kein langer Abend, aber man kann sich täuschen.

## Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 35 Parlamentsmitgliedern; das Parlament ist somit beschlussfähig. Die Herren Thomas Hänni und Valentin Lager treffen um 19.25 bzw. 19.30 Uhr ein, so dass schliesslich 37 Parlamentsmitglieder anwesend sind.

## Mitteilungen

**Die Parlamentspräsidentin:** Zusammen mit dem Protokoll der letzten Sitzung wurden uns letzte Woche 4 Vorschläge für Kommissionsersatzwahlen zugestellt, und einen weiteren haben wir am Freitag per E-Mail erhalten.

### 1. Protokoll der Sitzung vom 22. August 2005:

**Herr Ignaz Caminada (CVP):** Richtig hinter meinem Namen ist nach wie vor CVP.

Mit dieser Korrektur wird das Protokoll der Sitzung vom 22. August 2005 genehmigt.

### 2. Kommissionsersatzwahlen

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2006, liegen folgende Ersatzvorschläge vor:

- 0521 Primarschulkommission Thörishaus: Wüthrich Richard, Freiburgstrasse 925, 3174 Thörishaus (parteilos / Sitzanspruch SP), anstelle von Burch Angela, Thörishaus
- 0522 Elternvertretung in der Primarschulkommission Oberwangen: Schären Claudia, Feldackerstrasse 1, 3173 Oberwangen (parteilos), anstelle von Klingebiel Thomas, Oberwangen
- 0523 Elternvertretung in der Primarschulkommission Mengestorf: Boschung-Inäbnit Judith, Wichelackerstrasse 51, 3144 Gasel (parteilos), anstelle von Werren Andreas, Gasel
- 0524 Elternvertretung in der Primarschulkommission Wabern (1. bis 4. Schuljahr) Mischler Marinella, Maygutstrasse 8, 3084 Wabern (parteilos), anstelle von Blaser Martin, Wabern
- 0525 Elternvertretung in der Schulkommission für die Sekundarstufe I Niederscherli: Lutz Franziska, Burisholzweg 110, 3145 Niederscherli (parteilos), anstelle von Flückiger Erika, Gasel.

Die Parlamentspräsidentin erklärt die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als gewählt und wünscht ihnen alles Gute für das neue Amt.

### 3. Areal Alte Migros Landorfstrasse, Köniz, Architektur- und Investorenwettbewerb

Kredit; Präsidial- und Finanzdirektion / Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

**Frau Katrin Sedlmayer (SP; GPK-Sprecherin):** Das vorliegende Geschäft wurde in der GPK mehrheitlich positiv aufgenommen. Die Idee, einen Wettbewerb mit Architekten und Investoren in einem zweistufigen Verfahren durchzuführen, ist für Köniz neu, hat sich jedoch andernorts bereits bewährt. Als erfolgreiche Beispiele für solche Teamwettbewerbe wurden von der Direktion PLUV die Voltastrasse in Basel und auch ein Gebäude in der vorderen Lorraine in Bern, das so genannte Wolo 1 erwähnt. Wichtig ist, dass bei der Ausschreibung klare Vorgaben in Bezug auf die Nutzung bestehen und die Jurierung nur über die Architektur erfolgt. In einem ersten Lauf werden aus allen Eingaben die acht architektonisch anspruchsvollsten und sich an die Vorgaben haltenden ausgewählt. In einem zweiten Lauf werden aus diesen acht die drei besten auserkoren. Bis dahin ist immer die Architektur des Projektes entscheidend und nicht der finanzielle Aspekt. Ein siebenköpfiges Fachpreisgericht, bestehend aus renommierten Architektinnen und Architekten, wird die Eingaben bewerten. Mir wurde gesagt, je

qualifizierter das Fachpreisgericht zusammengesetzt, sei um so mehr Eingaben gebe es für ein solches Projekt. Zudem sind als Sachpreisrichter auch unsere Gemeinderäte Urs Wilk und Verena Berger sowie Gemeindepräsident Luc Mentha in der Jury, und die Verwaltung begleitet den ganzen Wettbewerb. Wichtig sind bei diesem Projekt die Ziele: Das Grundstück für die Neuüberbauung wird im Baurecht abgegeben, es sind ökologische Kriterien zu erfüllen - dazu sitzt eine spezielle Fachperson in der Jury - und in Bezug auf mögliche Wohnnutzung wurde an das Wohnen im Alter gedacht. In der GPK gaben folgende Punkte Anlass zu Diskussionen: Was heisst verkehrsarme Nutzung? Das sind Dienstleistungen wie Arztpraxen, Coiffeursalons oder Physiotherapien, also Angebote, die nicht den täglichen Bedarf abdecken wie z.B. Einkaufsläden. Weiter wurde die Frage nach dem Wohnen im Alter gestellt. Dürfen nur Personen über 50 Jahre dort einziehen? Nein, lautete die Antwort, an diesem Ort sollen sich alle Leute niederlassen können, die eine zentrale, mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossene Wohnlage suchen. Das können 45- bis 90-Jährige sein. Es ist nicht Ziel des Projektes, eine Fünfsterresidenz für Seniorinnen und Senioren zu bauen, es soll eine Durchmischung der verschiedenen Generationen geben. Zu diskutieren gab anlässlich der GPK-Sitzung vor allem, ob die Parzelle B - Grundeigentümer Ernst Brönnimann - im Baurecht abgegeben oder verkauft werden soll. Ein Vorschlag lautete, diese Parzelle nur im Baurecht abzugeben, aber die Mehrheit der GPK war der Meinung, die Gemeinde sollte sich hier beide Optionen - Baurecht und Verkauf - offen halten. Zudem hat sich das Parlament heute nicht zu dieser Frage zu äussern, sie ist nicht Teil des Beschlusses.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 6 Stimmen bei 1 Enthaltung, das Geschäft anzunehmen. Ich gebe noch die Stellungnahme der SP/JUSO-Fraktion bekannt: Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst den Entscheid des Gemeinderates, das Areal der alten Migros zügig für eine attraktive Wohnüberbauung zu erschliessen. Das gewählte zweistufige Verfahren ist zukunftsweisend und innovativ. Zudem vereint die Vorlage verschiedene positive Aspekte: An einer zentralen, attraktiven Lage entsteht eine Wohnüberbauung, die optimal vom öffentlichen Verkehr erschlossen ist, in deren Nähe beste Einkaufsmöglichkeiten bestehen, ergänzt durch Dienstleistungen ohne grosses Verkehrsaufkommen. Auf dem Areal der alten Migros soll eine Überbauung nach ökologischen Kriterien entstehen, bei welcher Nachhaltigkeit, verkehrsarmes Wohnen und Minerigiestandard berücksichtigt werden. Das zweistufige Ausschreibungsverfahren für Architekten- und Investorentams mit einer erstklassigen Jury garantiert eine qualitativ hochstehende Überbauung mit nachhaltiger Nutzung. Die Abgabe des Landes im Baurecht wird der Gemeinde in Zukunft zusätzliche, regelmässige und sichere Einnahmen beschere; das ist uns sehr wichtig. Zudem wird mit dem Ziel Wohnen zum Älterwerden einem grossen Bedürfnis entsprochen, nimmt doch der Anteil Seniorinnen und Senioren zu, und gerade solche schauen sich oft nach einer attraktiven Wohnlage im Zentrum um. Für die SP/JUSO-Fraktion ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass hier keine Exklusivresidenz für hohe Einkommensschichten entstehen soll, sondern eine breite soziale Durchmischung angestrebt wird.

**Die Parlamentspräsidentin:** Die Federführung für dieses Geschäft liegt entgegen der Angaben auf der Traktrandenliste beim Gemeindepräsidenten Luc Mentha und bei Gemeinderat Urs Wilk gemeinsam.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Vor dem Eintreten möchte ich eine kleine Ergänzung anbringen: In der GPK fragte Rolf Zwahlen (EVP), wie hoch die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit diesen beiden Parzellen zur Zeit sind: Auf Parzelle A (Gemeinde Köniz) generieren wir Einnahmen von rund 120'000 Franken/Jahr - zum Teil basierend auf Schätzungen und inklusive Einnahmen aus den Ticketautomaten - und wir haben Ausgaben in der Höhe von rund 20 Prozent der Einnahmen. Bei Parzelle B (Eigentümer Ernst Brönnimann) haben wir Einnahmen von rund 58'000 Franken, denen wiederum der Unterhalt für die Häuser gegenüber steht und der Baurechtszins von gut 100'000 Franken, den wir bezahlen müssen.. Dieser Baurechtszins wurde in einer früheren Phase von der Migros abgegolten. Das war ein grösseres Projekt, bei welchem der Abtausch der Areale mit der Migros vorgenommen wurde.

#### **Eintreten**

**Frau Barbara Mooser (FDP):** Die FDP findet die Aufwertung des Areals als wichtig. Besonders gut fänden wir es, wenn eine Bauträgerschaft gefunden würde, welche ein Projekt für das Wohnen im Alter realisieren könnte. Der Standort ist sehr gut, da er zentral liegt, nicht weit von

Einkaufszentren und unmittelbar neben einer Haltestelle des öffentlichen Verkehrs. Auch Grünflächen wie der Könizbergwald befinden sich in der Nähe. Gut ist, wenn ältere Leute beim Umzug z.B. von einem Einfamilienhaus in eine Wohnung in ihrer Umgebung bleiben können, das bringt viele Vorteile, auch für die Gemeinde. Viele Personen überlegen sich in einem gewissen Alter sehr gut, wohin sie ziehen, und ein solches Projekt kann viel Interesse auf sich vereinigen. Im Moment sollte die Parzelle B (Brönnimann) nicht für einen überhöhten Preis gekauft werden, denn spätestens nach der endgültigen Planung wird das Geschäft wieder dem Parlament vorgelegt werden. Wir finden es richtig, dass diese Parzelle als separate Etappe realisiert wird, aber sie muss in die Planung integriert sein, damit das Areal als Einheit auftritt. Die FDP/jfk-Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

**Herr Christian Burren (parteilos/SVP):** Die SVP-Fraktion steht dem Geschäft im Grossen und Ganzen positiv gegenüber. Das Wohnen im Alter ist sicher eine gute Nutzung, denn es ist zu begrüssen, wenn ältere Personen möglichst in ihrer Umgebung Wohnraum finden. Gut ist auch die Idee, den Boden im Baurecht abzugeben, das generiert der Gemeinde kontinuierliche Einnahmen. Wir müssen aber den zusätzlichen Verkehr im Auge behalten. Es ist gut, wenn dieses Areal aufgewertet wird, uns gibt aber der zusätzliche Verkehr zu denken. Dieser Umstand muss bei der Verkehrsplanung berücksichtigt werden, denn das Dreispitzareal wird bebaut, das grosse Swisscom-Gebäude wird fertiggestellt, auch das Winterthur-Dienstleistungszentrum wird gebaut, alles zusätzliches Verkehrsaufkommen. Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Solche Voten aus den Reihen der SVP zu hören ist schön. Auch für uns ist der Verkehr ein wichtiges Kriterium, und deshalb ist die Idee richtig, ältere Personen dort anzusiedeln. Wir stehen der Vorlage grundsätzlich positiv gegenüber, die meisten Argumente wurden bereits erwähnt. Wohnen in Zentrumsnähe führt auch zu einer Belebung des Zentrums, denn ausserhalb der Geschäftszeiten wirkt es doch ziemlich ausgestorben. Wir begrüssen auch, das geplant wird, im Minergiestandard zu bauen, gerade bei den momentanen Energiepreisen wird sich diese Bauweise finanziell lohnen. Unter ökologischem Aspekt verstehen wir nicht nur die eigentlichen ökologischen, sondern auch sozialökologische Aspekte. In diesem Zusammenhang wäre es wichtig, Gemeinschaftsräume einzuplanen, damit man vielleicht mit einer relativ kleinen Wohnung zurecht kommt und bei z.B. viel Besuch auf einen solchen Gemeinschaftsraum ausweichen kann. Die Abgabe im Baurecht ist ebenfalls wichtig, weil damit der gestalterische und finanzielle Spielraum für unsere Nachkommen erhalten bleibt. Wir finden es auch ein realistisches Vorgehen, dass Architekten und Investoren zusammen ein Projekt ausarbeiten müssen, so ist die Gefahr kleiner, dass ein zwar architektonisch grosser Wurf gewinnt, der jedoch nicht finanzierbar ist.

Wir haben noch zwei Bemerkungen anzubringen: Ist der Minergiestandard in den Wettbewerbsunterlagen wirklich verbindlich festgelegt und heisst das, dass ein Entwurf, der dieses Kriterium nicht erfüllt, disqualifiziert wird? Zur Parzelle Brönnimann: In den Unterlagen besteht ein Widerspruch. In Punkt 2, Ausgangslage steht klar, dass diese Parzelle Brönnimann spätestens im Jahr 2020 dem Terrain der Gemeinde zugeschlagen werden soll. In Punkt 3, Ziele heisst es plötzlich, die Parzelle Brönnimann könne im Baurecht oder verkaufweise abgetreten werden. Hier plädieren wir sehr stark dafür, dass die Gemeinde die Parzelle Brönnimann im Baurecht abgibt, denn es macht wenig Sinn, gerade diese Eckparzelle zu verkaufen.

**Herr Hermann Gysel (EVP):** Die CVP/EVP/LdU-Fraktion kann dem Antrag des Gemeinderates für den Verpflichtungskredit zur Durchführung des Architektur- und Investorenwettbewerbes zustimmen, weil der Wettbewerb in der vorliegenden Form durchaus sinnvoll ist und uns die eingesetzten Beträge realistisch erscheinen. Auf die Themen Verwendungszweck, Verkehrsaufkommen, Etappierung und Plausibilität der Ertragsrechnung sind andere bereits eingegangen, und das Parlament hat sich offenbar heute nur zum Kredit zu äussern. Ich nehme jedoch an, das eine oder andere Thema werde bei der Umzonung wieder zur Sprache kommen. Auch uns ist wichtig, dass die Gemeinde die Parzelle im Baurecht abgibt, um diese Option unseren Nachkommen offen zu halten. Zum Schluss: Zwischen der im Antrag aufgeführten Preissumme und jener im Internet besteht eine Differenz von 10'000 Franken.

**Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Zuerst zu Christian Burren: Eine Verkehrszunahme ist mit der vorgesehenen Nutzung nicht zu erwarten, denn in den Berechnungen ist immer noch die Verkehrsbelastung für das Einkaufszentrum enthalten. Wir haben im Ausschreibungstext zum

Wettbewerb vorgesehen, die minimale Anzahl Parkplätze - welche gemäss Bauverordnung vorgesehen ist - und nicht die maximale zu realisieren, d.h. pro Wohnung ein Parkplatz plus einige Besucherplätze. Das Problem haben wir erkannt und wir sind im Gemeinderat einstimmig der Meinung, dass mit der vorgesehenen Nutzung die Verkehrssituation nicht verschärft, sondern eher entlastet wird.

Betreffend Minergiestandard, Herr Pestalozzi, ist im Ausschreibungstext festgehalten, dass die Eingebenden sich vertraglich verpflichten, den Minergiestandard zu 100 Prozent der Gebäudefläche zu erfüllen. An der Differenz von 10'000 Franken zwischen Internet und Antrag Gemeinderat "ist ganz sicher der Computer schuld."

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Zur Frage, ob die Parzelle Brönnimann im Baurecht abgegeben wird oder nicht, kann ich durchaus mit dem Votum leben, das Baurecht sei anzustreben, das ist auch meine Meinung. Wir sollten versuchen, dieses Terrain nach Ablauf des Baurechtsvertrages zu erwerben und im Baurecht weiterzugeben. Es wäre jedoch schlecht, wenn wir im Wettbewerb eine solche Bedingung aufführen würden, weil uns dieses Land zur Zeit noch nicht gehört, und ist nicht auszuschliessen ist, dass wir uns, um dem wirklich besten Vorschlag des Architektur- und Investorenwettbewerbes zum Durchbruch zu verhelfen, eine gewisse Flexibilität erhalten müssen. Dass es jedoch langfristig betrachtet Sinn macht, diese Bodenparzelle zu übernehmen und im Baurecht abzugeben, ist auch die Erkenntnis des Gemeinderates und wird angestrebt.

### **Detailberatung**

**Herr Ulrich Salvisberg (SVP):** In Punkt 2, Ausgangslage sind die beiden Parzellen mit zwei verschiedenen Farben gekennzeichnet. Die Parzelle B (gelb) ist bis über die Landorfstrasse geführt. Ist das richtig?

**Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Ulrich Salvisberg, du hast richtig erkannt, dass sich beim Übertragen vom einen Dokument aufs andere der Raster verschoben hat. Die Parzelle geht bis an den linken Rand der Landorfstrasse. Ich entschuldige mich in aller Form für das Versehen.

**Herr Rolf Zwahlen (EVP):** Ich möchte zu Punkt 4, Vorgehen noch etwas "nachhaken": Wir haben hier eine schöne Auflistung, auch die Preissumme von 110'000 Franken ist wiederum genannt. Letzten Sonntag habe ich die Wettbewerbsausschreibung auf dem Internet näher betrachtet und bemerkt, dass das Preisgeld mit 120'000 Franken ausgeschrieben ist. Ich frage mich jedoch vor allem, ob es üblich und sauber ist, den Wettbewerb - im Prinzip eine Bestellung - auszuschreiben, wenn das Parlament den Kredit noch nicht bewilligt hat. Meiner Meinung nach ist es nicht richtig, etwas zu bestellen, das noch gar nicht vom Parlament beraten worden ist.

**Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Offensichtlich sind die 110'000 Franken im Antrag ans Parlament ein Fehler, denn in den Ausschreibungsunterlagen sind 120'000 Franken eingesetzt. Auf die Gesamtsumme hat es jedoch keinen Einfluss. Selbstverständlich ist es dem Parlament vorbehalten, den Kredit heute abzulehnen und das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen. Dann werden die bereits Angeschriebenen über den Umstand informiert, dass das Geschäft neu aufbereitet werden muss. Der Gemeinderat hatte beschlossen, im Interesse einer raschen Abwicklung in dieser Angelegenheit vorwärts zu machen, aber nicht in der Absicht, das Parlament zu übergehen. Der Gemeinderat hat seinen Beschluss mit dem Vorbehalt der Genehmigung durch das Parlament gefasst.

**Herr Martin Graber (SP):** Urs Wilk, wenn im Internet 10'000 Franken mehr eingesetzt sind, weshalb haben diese keinen Einfluss? Eine Summe erhöht sich doch um den fehlenden Betrag, wenn er falsch eingesetzt ist?

**Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Der Fehler hat deshalb keinen Einfluss, weil in der Gesamtrechnung die richtige Summe von 120'000 Franken eingesetzt ist. Der Gesamtkredit beläuft sich auf 280'000 Franken und die Korrektur wird andernorts aufgefangen, z.B. bei der Position Unvorhergesehenes.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

### **Beschluss**

**Für die Durchführung eines Architektur- und Investorenwettbewerbes für das Areal Alte Migros Landorfstrasse, Köniz wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 280'000.00 zu Lasten Konto Nr. 142.581.1228 (Bilanz 1023.1228) bewilligt.**

#### **4. Grünflächen- und Baumpflege 2006 bis 2013**

Verpflichtungskredit; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

**Frau Katrin Sedlmayer (SP; GPK-Sprecherin):** Auch dieses Geschäft wurde in der GPK diskutiert und positiv aufgenommen. Kurz gesagt geht es darum, längerfristige Verträge mit Gärtnereibetrieben für die Pflege von öffentlichen Grünflächen der Gemeinde abzuschliessen. Damit werden Kontinuität und Ausführungsqualität der Arbeiten über längere Zeit sichergestellt. Wichtig war der GPK in diesem Zusammenhang, dass für die Ausschreibung genaue und auch ökologische Vorgaben vorhanden sind und dass die Verträge zwar langfristig, jedoch jährlich kündbar sind. Zu den Kosten tauchten noch Fragen auf. Es wurde gefragt, ob die Arbeiten nicht auch verwaltungsintern ausgeführt werden könnten. Diese Möglichkeit wurde bereits früher geprüft, erwies sich aber als nicht rentabel. Weiter wurde diskutiert, was die restlichen 15 bis 20 Prozent der Kosten ausmachen, welche bei der Grün- und Baumpflege anfallen. Hier handelt es sich vor allem um Mauer- und Zaunarbeiten, Behebung von Vandalen- und Unwetterschäden usw. Es wurde auch gefragt, wie die hier aufgeführten Zahlen erhoben wurden. Der Betrag von 295'000 Franken wurde für den Voranschlag 2005 aufgrund von Offerten berechnet und für die Beträge für die Jahre danach wurden Erfahrungswerte herangezogen und -annahmen getroffen. Die Grünflächen nehmen jährlich zu, z.B. neue Kreisel, neue Plätze, was die Kosten erhöht, zudem ist die Teuerung zu berücksichtigen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, das Geschäft gemäss Antrag des Gemeinderates anzunehmen.

Ich gebe wiederum die Stellungnahme der SP/JUSO-Fraktion ab: Auch wir stehen dem Geschäft positiv gegenüber, können doch mit den längerfristigen Ausschreibungen Ressourcen in der Verwaltung gespart werden. Dank längeren Vertragsdauern können auch Kontinuität und Ausführungsqualität der Arbeiten in den grünen Gemeindelungen sichergestellt werden, was bei Naturobjekten nur Vorteile bringt. Wie erwähnt, macht die Gemeinde ökologische Auflagen in den Ausschreibungen, z.B. bezüglich Pflanzenarten, Brachflächen usw. Es wäre interessant gewesen, noch einiges mehr über diese Auflagen zu erfahren, das fehlte uns in der GPK ein wenig. Denn es scheint uns wichtig, dass eine Gemeinde, die über ein Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) verfügt, dieses auch auf ihre eigenen Grünflächen anwendet und eine Vorreiterrolle einnimmt. Wir empfehlen, das Geschäft anzunehmen.

#### **Eintreten**

**Herr Niklaus Hofer (SVP):** Ich nehme vorweg: Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen. Bei der Behandlung in der Fraktion wurden wir jedoch etwas "stutzig", denn uns liegt ein Verpflichtungskredit bis 2013 von über 2 Millionen Franken vor, und die Unterlagen dazu sind sehr dürftig. Ich hatte den Auftrag von meiner Fraktion, bei der zuständigen Abteilung mehr darüber in Erfahrung zu bringen, was ich heute Vormittag getan habe. Ich wurde von Urs Wilk und Rolf Fuchs sehr freundlich empfangen. Sie haben mir das Geschäft näher dargelegt. In der Gemeinde Köniz müssen 700 bis 800 Bäume geschnitten werden, und die Anzahl der Grünflächen und Rabatten ist ebenfalls hoch. Urs Wilk hatte Ausschreibungsunterlagen vor sich auf dem Pult und all diese Papiere zu kopieren und jedem Parlamentsmitglied zuzustellen, wäre tatsächlich etwas übertrieben gewesen.

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Auch wir vom Grünen Bündnis stellen auf keine Art und Weise infrage, dass die Baum- und Grünflächenpflege notwendig ist. Für uns ist die Kontinuität sehr wichtig, gerade Bäume können nicht jedes Jahr nach einer anderen Methode geschnitten werden, das würde ihnen nicht bekommen. Ähnlich wie die Vorredner sind auch wir von der Vorlage nicht ganz befriedigt und haben einige Fragen an den Gemeinderat. Nach welchen Grundsätzen werden die Grünflächen gepflegt? Nach dem Konzept für eine ökolo-

gische Aussenraumgestaltung, welche kürzlich erarbeitet wurde, oder sind noch andere Konzepte vorhanden? Ein Hinweis, nach welchem Prinzip die Grünflächenpflege funktioniert, hätte genügt. Wir haben hier einem Betrag zuzustimmen, über dessen Umfang nichts in den Unterlagen vorhanden ist. Soeben konnten wir hören, dass es um 700 bis 800 Bäume geht. Ich wüsste auch gerne, wie viele Quadratmeter Grünfläche gepflegt werden müssen, denn das wäre die Grundlage für den Vergleich mit anderen Gemeinden. Erst so könnten wir uns ein Bild darüber machen, ob der zu bewilligende Betrag von rund 2 Millionen Franken (50 Franken je Einwohner) gerechtfertigt ist. Weiter steht in den Unterlagen, eine Vergabe über acht Jahre würde Kosten sparen. Ich sehe aus den uns vorgelegten Zahlen nicht, wo diese Kosten gespart werden können. Wir sind der Meinung, wenn die Gemeinde Aufgaben auslagert, müsse genau geprüft werden können, ob die Leistungen effizient erbracht werden, und das muss dem Parlament aufgezeigt werden. Wir machen die Zustimmung zu diesem Geschäft abhängig von der Antwort des Gemeinderates.

**Herr Thomas Hänni (FDP):** Die FDP/jfk-Fraktion steht dem Geschäft sehr positiv gegenüber. Wir sind der Meinung, es sei eine gute Sache, weil erstens die Arbeiten in Lose aufgeteilt sind und zweitens Könizer Unternehmen berücksichtigt werden, welche während acht Jahren ein gesichertes Einkommen haben. 2 Millionen Franken sind ein hoher Betrag, da er aber auf acht Jahre verteilt ist - zwischen 240'000 und 295'000 Franken pro Jahr - und für saubere Grünflächen und gepflegte Bäume investiert wird, die Lungen unserer Gemeinde, ist er sicher gerechtfertigt. Wir hoffen, ihr stimmt alle dem Geschäft zu.

**Herr Rolf Zwahlen (EVP):** Die Mitte-Fraktion (CVP/EVP/LdU) unterstützt dieses Anliegen ganz klar. Wenn mit der Natur gearbeitet wird, muss langfristig gedacht werden und demnach sollen langfristige Verträge ausgehandelt werden. Ich muss nochmals, wie meine Vorredner auch, auf das Thema Genauigkeit und Umfang von Informationen an Parlamentsmitglieder zurückkommen: Der Verpflichtungskredit ist hoch und uns fehlt ein Inventar, um welche Bäume und Grünflächen es sich genau handelt. Ich finde es auch schade, dass für das Jahr 2006 mit 240'000 Franken eine Angabe aus bereits erhaltenen Angeboten vorliegt und für die restlichen Jahresberechnungen bis ins Jahr 2010 einfach 5'000 Franken hinzu addiert wurden, was einer jährlichen Zunahme von 2 Prozent entspricht. Diese Erhöhung kann mit der Zunahme von Grünflächen begründet werden. Daneben haben wir aber die Angabe, dass für den Gesamtumfang der Pflege im Jahr 2005 295'000 Franken benötigt werden, 2012 sind gemäss Finanzplan 305'000 Franken vorgesehen, was einer jährlichen Zunahme von 0,5 Prozent entspricht. Diese beiden Zahlen driften auseinander, entweder stimmen die Zahlen oder der Finanzplan nicht. Ich möchte anregen, die eine oder andere Zahl zu korrigieren.

**Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Ich danke für die grundsätzlich positive Aufnahme des Geschäftes. Ich habe mir einmal Gedanken über Parlamentsanträge gemacht, und während meiner Zeit als Parlamentsmitglied hatte ich immer "grosse Freude" an möglichst dicken. Vielleicht habe ich nun bei der Vorlage dieses Geschäftes mit den Unterlagen etwas untertrieben, ich werde mich verbessern.

Zu Herrn Pestalozzi: Wenn wir als Gemeinde - gut gelungene - Merkblätter ausarbeiten, welche sich über die ökologische Aussenraumgestaltung auslassen, ist es selbstredend, dass unsere eigenen Flächen nach diesen Grundsätzen behandelt werden. Im Übrigen ist vom VRB ein weiteres Heft aus der Reihe Ökologie unterwegs, welches sich mit dem Aussenraum befasst, und das wir - wie die anderen Hefte auch - als anweisend definieren. Die Zahl der zu pflegenden Quadratmeter Grünfläche kann ich nicht nennen, denn es handelt sich zum Teil um Kleinstflächen, die nicht gemessen werden können. Jedes einzelne Rabättchen und jeder kleinste Streifen sind aber genau definiert und mit einer Einheit versehen, manchmal Quadratmeter, manchmal Leistungseinheiten, und daraus wird ein Marktpreis berechnet und kein Phantasiepreis. Die Einsparungen, welche mit der Ausschreibung über acht Jahre generiert werden können, liegen darin, dass nicht jedes Jahr neu ausgeschrieben werden muss und dadurch die Verwaltung entlastet wird. Aber - das ist wichtig - hier wird ein Verpflichtungskredit bewilligt und dem Parlament wird im Rahmen des Voranschlages und der Rechnung jedes Jahr über die Verwendung Rechenschaft abgelegt. Ihr als Parlamentsmitglieder habt somit jedes Jahr die Möglichkeit, diese Beträge zu beurteilen. Herr Pestalozzi, diese Aufgabe wird auch nicht neu ausgelagert, die Grünflächen- und Baumpflege hat die Gemeinde Köniz noch nie in Eigenregie betrieben. Eine Untersuchung, ob es sich lohnen würde, die Grünflächen-

und Baumpflege in Eigenregie vorzunehmen, kam zu einem negativen Ergebnis, denn unser Pensum ist zu klein, um eine Gärtnerei, wie z.B. die Stadtgärtnerei Bern, aufzubauen.

### **Detailberatung**

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Ich ging nicht davon aus, dass die Gemeinde diese Arbeiten neu auslagert, sondern bin der Meinung, wenn die Gemeinde solche ausgelagerte Bereiche hätte, müsste man dafür sorgen, dass die entsprechenden Leistungen effizient erbracht werden. Mir fehlen nach wie vor Vergleichszahlen zu anderen Gemeinden; liegen wir im Schnitt? Dieser Wert fehlt mir.

**Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Erstens einmal ist die Gemeinde Köniz unvergleichbar mit anderen, und zweitens kann ich keine Vergleichszahlen abgeben, weil ich sie nicht kenne. Tatsächlich sind Vergleiche auch schwierig, und im ganzen Gemeindewesen gibt es keine verlässliche Benchmark.

**Die Parlamentspräsidentin:** Das in Kursivschrift aufgeführte "*Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum*", ist nicht Bestandteil des Beschlusses, sondern lediglich ein Hinweis, der sich aus der Gemeindeordnung ergibt und zusammen mit dem Beschluss publiziert werden muss.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

### **Beschluss:**

***Für die Grünflächen- und Baumpflege in den Jahren 2006 bis 2013 wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 2'040'000.00 zu Lasten Konto Nr. 216.3145.74 bewilligt.***

*Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.*

## **5. Städtepartnerschaft Prijepolje, Spezialfinanzierung**

Reglement; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule

**Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher):** Zuerst drei Bemerkungen. Erste Bemerkung zu Beilage 1: Richtig müsste dort stehen: "Das Parlament von Köniz erlässt gestützt auf Art. 86 der *kantonalen* Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998 sowie Art. 44 der Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004". Bemerkung 2: Auf Seite 2 ist ersichtlich, dass der Gemeinderat das Geschäft dem Parlament unterbreitet, und weil er eine tragfähige Lösung wil, schlägt er uns eine Spezialfinanzierung vor, wozu ein Reglement notwendig ist. Dritte Bemerkung: Zu Absatz zwei unter 2. Spezialfinanzierung, liessen wir uns vergewissern, dass Henri Huber die Kompetenz hat, die heute auf dem bei der Finanzverwaltung Köniz bestehenden Konto "Gemeinden Gemeinsam Region Bern" vorhandenen 45'000 Franken der Spezialfinanzierung zuzuweisen.

Dieses Reglement regelt die Spezialfinanzierung und nicht die Zusammenarbeit, über diese erstattet uns der Gemeinderat jeweils Bericht. In der GPK wurde festgestellt, dass auf der politischen Ebene in den letzten zwei Jahren nicht mehr viel unternommen worden ist, was sicher mit dem Abgang von Henri Huber als Gemeindepräsident zusammenhängt. Es geht darum, eine effektive Partnerschaft zu pflegen, gegenseitige Erfahrungen auszutauschen und zu vermitteln und nicht darum, Geld zu verteilen. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 7 : 0 Stimmen, den Antrag anzunehmen.

**Die Parlamentspräsidentin:** Bei diesem Geschäft sind zwei Exekutivmitglieder involviert, die Federführung liegt bei Gemeinderat Ueli Studer und Gemeinderätin Verena Berger.

### **Eintreten**

**Herr Bernhard Bichsel (jfk):** Ich mache es kurz: Die FDP/jfk-Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Uns ist wichtig, dass mit kleinen Projekten etwas bewegt werden kann, und wir wünschen uns, dass keine grosse Bürokratie aufgebaut wird, sondern die Mittel gezielt eingesetzt werden und demokratischen Kräften zugute kommen. Ich erlaube mir noch eine persönliche Bemerkung und lese euch eine gemeinderätliche Antwort vor, die ich einmal auf eine Anfrage hin erhalten habe: "Der Gemeinderat lehnt die Motion aus folgenden Gründen ab: Spezialfinanzierungen sind grundsätzlich verpönt, weil sie den Handlungsspielraum der Gemeinde im Steuerhaushalt einschränken und die Vergleichbarkeit von Gemeinderechnungen erschweren." Wenn etwas grundsätzlich verpönt ist, sollte es auch nicht beantragt werden.

## Detailberatung

**Herr Martin Graber (SP):** Ganz besonders möchte ich eine ZuhörerIn begrüßen:

Srdacan pozdrav gospodji Ivani Dragutinovic iz Prijepolja.

Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den Bericht und wird dem Antrag geschlossen zustimmen. Eine Städtepartnerschaft steht unserer Gemeinde gut an, auch wenn wir uns nicht Stadt nennen. Wenn die Beziehung zwischen Köniz und Prijepolje offiziell wird, stärkt dies die gegenseitige Verbindlichkeit und bringt hoffentlich auch eine höhere Qualität im Austausch. Wir sind froh, dass der Gemeinderat bereit ist, die Aufgabe zu übernehmen, weil man sonst bei der Übernahme von freiwilligen Aufgaben eher zögerlich ist. Es handelt sich hier jedoch nicht um eine neue Aufgabe, sondern um eine neue ~~Befindlichkeit~~. Korrektur anlässlich Protokollgenehmigung: Verbindlichkeit. Durch die gewählte Form und die neuen Strukturen mit einer gemeinderätlichen Dreierdelegation wird das Projekt mit Prijepolje neuen Schwung erhalten, hiezu zitiere ich aus dem Protokoll des Grossen Gemeinderates vom 7. Februar 2000 Henri Huber: "Wenn die ganze Hilfe nur auf persönlichen Kontakten beruht und keine neuen Strukturen erstellt werden, ist das Engagement beendet und zeigt keine nachhaltige Wirkung, sobald jemand hüben oder drüben aussteigt. Darum muss das Projekt von jenen Personen unabhängig werden, die es zu Beginn vornehmlich getragen haben." Mit dem nun vorliegenden Bericht wird dies der Fall sein. Eine Spezialfinanzierung macht aus unserer Sicht Sinn, denn dadurch erhält das Parlament Einsicht und kann steuernd eingreifen. Der Zweckartikel ist sehr knapp formuliert, wir sind aber anlässlich einer Diskussion in der Fraktion zur Überzeugung gelangt, dass dies richtig ist, weil damit zukünftige und noch nicht abschätzbare Entwicklungen nicht gebremst werden. Die Partnerschaft mit Prijepolje muss sich entwickeln, einige mögliche Aktivitäten sind in Beilage 2 aufgeführt. In welche Richtung es sich aber bewegen wird, wissen wir noch nicht; wir erwarten vom Gemeinderat auf jeden Fall Berichterstattung und Bestandesaufnahme zu gegebener Zeit. Eine Beziehung - auch eine zwischen Städten - ist nur dann eine Partnerschaft, wenn beide Seiten profitieren. Deshalb müssen von der Städtepartnerschaft Köniz - Prijepolje oder auf serbisch "Bruderschaft" ebenfalls beide Seiten profitieren. In diesem Sinne mein Aufruf an Prijepolje: Ovo bratimljenje ce, uvjeren sam, biti korisno za oba grada. Ich freue mich auf den weiteren Austausch. Radujem se nasoj buducoj saradnji.

**Die Parlamentspräsidentin:** Auch ich begrüsse die Vertreterin aus Prijepolje herzlich bei uns.

**Herr Urs Maibach (GB):** Ich kam letztes Jahr zum ersten Mal durch meine Tochter mit Prijepolje in Berührung, sie war in jener Gymnasiums-Klasse, die Prijepolje besuchte. Nach einer relativ schwierigen Anfangsphase kam sie hell begeistert zurück und setzte sich sehr für einen Gegenbesuch ein, und diesen Frühling hatten wir nun zwei Schülerinnen aus Prijepolje bei uns zu Besuch. Das Projekt ist meiner Meinung nach sehr gut; es macht Sinn, dieses zu fördern und sich dafür einzusetzen. Der Bericht von Henri Huber ist sehr interessant; ausführlicher und noch interessanter sind aber die Berichte auf der Website von Köniz; ich denke an den Bericht über die 10-jährige Freundschaft und empfehle ihn allen zum Lesen. Man entdeckt, dass noch viele andere Personen grosse Verdienste am bisher Erreichten haben. Die ganze Partnerschaft hat sich schon längere Zeit vom Verein Gemeinden Gemeinsam Schweiz abgelöst und sich zu einer direkten Beziehung Köniz - Prijepolje entwickelt. Es ist nun wirklich an der Zeit, der Partnerschaft die entsprechenden Strukturen zu geben. Wie mein Vorredner bereits sagte, ist das Reglement sehr kurz und einfach gehalten, was sinnvoll ist; der Zweckartikel ist jedoch etwas zu breit gefasst, und auch die Kompetenzen sind sehr frei ausgelegt. Trotzdem bin ich davon überzeugt, dass die Gruppe, die sich nun der Partnerschaft annehmen wird, gute Ideen hat und bereit ist, die schwierigen Beziehungen aufzuarbeiten und zu einer guten Lösung kommen wird. Ich wünsche mir eine regelmässige und umfassende Berichterstattung über ihre Aktivitäten. In diesem Sinn wird das Grüne Bündnis dem Reglement zustimmen.

**Herr Marco Streiff (EVP):** Jeder Mensch hat die Verantwortung, für seine Mitmenschen zu schauen, zu sorgen und sie zu unterstützen. Das beginnt in der Familie und geht weiter zum Arbeits- und Freundeskreis. Die Verantwortung geht aber noch weiter: Einige Menschen haben das Glück, sozial und ökonomisch besser gestellt zu sein als andere. Zu diesen gehören auch wir Schweizer und deshalb haben wir meiner Ansicht nach eine grössere Verantwortung zu tragen. Die Kreise gehen weiter, über die Landesgrenzen hinaus. Um diese Ver-

antwortung geht es meiner Ansicht nach auch bei diesem Geschäft, und die Städtepartnerschaft mit Prijepolje ist eine Möglichkeit, etwas weiter zu geben. Die Städtepartnerschaft hat - wie zu lesen war - bereits viel Erfolg gehabt. Das Projekt wurde vor allem durch unseren ehemaligen Gemeindepräsidenten Henri Huber getragen und voran getrieben, in letzter Zeit geriet es etwas in Vergessenheit, gerade auch bei uns im Parlament. Nicht alles lief wie gewünscht, es entwickelte sich eine Art Beziehungskrise, die nun genutzt werden soll, um neu über Zweck, Zukunft und Ziel der Beziehung nachzudenken. Dieses Nachdenken führte den Gemeinderat dazu, die Städtepartnerschaft wieder zu beleben und weiterzuführen. Wir von der CVP/EVP/LdU-Fraktion unterstützen das Anliegen und begrüßen den kulturellen und intellektuellen Austausch mit unserer Partnerstadt in Serbien. Es geht nicht darum, möglichst viel Geld in eine solche Beziehung "hinein zu buttern", sondern vor allem um einen Wissens- und Erfahrungsaustausch. Dazu muss aber die finanzielle Seite geregelt sein und günstige Voraussetzungen schaffen. Dafür sorgt das nun vorliegende Reglement über die Spezialfinanzierung. Die CVP/EVP/LdU-Fraktion stimmt dem Reglement über die Spezialfinanzierung zu und hofft, dass wir damit unsere gesellschaftliche Verantwortung ein wenig mehr wahrnehmen können.

**Frau Marlise Schörlin (SP):** Vor zwei Jahren durfte ich nach Prijepolje reisen. Ich denke noch oft mit grosser Nachhaltigkeit an diese Reise zurück und wage einen kurzen "Könizer-Blick" nach Serbien. Ich bin froh, dass wir dieses Geschäft heute beraten können, so erhält Prijepolje in Köniz ein offizielles Gesicht, denn bis heute war die Form des Austausches eher zurückhaltender Natur. Ich bin sicher, das Reglement wird nicht nur ein Papiertiger bleiben, sondern von Köniz aus neue Impulse schaffen. Köniz hat in Prijepolje selber schon lange ein Gesicht, sei es z.B. im Ortskundemuseum, wo die 12-jährige Zusammenarbeit dokumentiert ist, oder Spitalzimmern, die mit einfachsten Mitteln renoviert wurden, und nicht zu vergessen die Jugendarbeit. Der Bericht von Henri Huber zeigt auf, wie wichtig der Austausch ist, wie wichtig er gegen innen und aussen gewertet wird, und dass die Gemeinde Köniz in Prijepolje als Hoffnungsträgerin gilt. Nach schweren Jahren der Kriegswirren kommen jetzt schwere Jahre des Wiederaufbaus. Doch wie kann ein Wiederaufbau geplant werden, wenn die dazu notwendigen Mittel allerorten fehlen? Wie kann eine Demokratie gelebt werden - das heisst auch ein Minimum an sozialer Gerechtigkeit -, wenn man seit Monaten arbeitslos ist oder monatelang auf den Lohn warten muss, obschon man jeden Tag arbeiten geht? Köniz tut gut daran, auch wenn es sich nur um ein Reglement handelt, innezuhalten und sich bewusst zu werden, was wir alles besitzen und weitergeben können: Hoffnung, gelebte Toleranz, Unterstützung - sei es im Bildungs- oder Gesundheitswesen - und neue Wege in Prijepolje aufzeigen, unser Knowhow weitergeben und vielleicht einmal einen unbürokratischen "Zustupf" anbieten, auch wenn dies 10'000 Franken im Jahr übersteigt. Ich weiss, es geht nicht ums Geld, manchmal kann Geld aber sehr viel bewirken. Die Einwohner von Prijepolje haben uns etwas voraus: Sie können mit sehr wenig sehr viel leisten, im Gegensatz zu uns, die wir manchmal aus sehr viel sehr wenig machen. Auch wenn es nur mittels eines Reglements geschieht, möchte ich Prijepolje sehr herzlich willkommen heissen.

**Herr Peter Antenen (SP):** Vieles ist bereits gesagt worden, ich möchte aber noch darauf hinweisen, dass dieses Reglement für mich schlussendlich eine Art Aussenpolitik ist. Sagen wir hier Ja zu einer Partnerschaft, zeigen wir letztendlich uns selber wie auch allen Gemeinden in Europa, dass wir offen sein und mitmachen wollen, wo wir können. Es ist sehr wichtig, dass wir - auf der Sonnenseite stehend - unser Zeichen setzen und damit Aussenpolitik auf Stufe Gemeinde machen und die Gemeinde Köniz offen halten wollen für all das, was in Europa passiert.

## **Detail**

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich danke euch ganz herzlich für die positive Aufnahme des Geschäftes, das war hier im Saal auch schon anders. Wichtig ist - das spüre ich aus den abgegebenen Voten heraus -, dass wir die Unterstützung des Parlamentes haben. Das Gremium, welches sich für die Partnerschaft einsetzen wird, wird die notwendige Unterstützung des Parlamentes spüren. Man muss sich bewusst sein, dass es bei diesem Geschäft nicht darum geht, Geld zu verteilen, sondern um Freundschaft, Verlässlichkeit und Unterstützung, um Gegenseitigkeit und darum zu spüren, was in Prijepolje geschieht, aber auch was in Köniz passiert. Mich beeindruckt, wie positiv das Parlament das Geschäft aufge-

nommen hat und das gibt mir Hoffnung, eine sehr gute Partnerschaft mit Prijepolje weiterführen zu können. Martin Graber, ich nehme mir zu Herzen, etwas serbokroatisch zu lernen.

**Frau Gemeinderätin Verena Berger (SP):** Ich finde es wirklich toll, wie gut das Geschäft aufgenommen worden ist und ich freue mich, zusammen mit Ueli Studer und Luc Mentha die Angelegenheit an die Hand zu nehmen. Es interessieren sich bereits sehr viele Personen, hier mitzumachen, auch sind viele Ideen vorhanden.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

**Beschluss:**

**Das Parlament beschliesst das Reglement über die Spezialfinanzierung betreffend Städtepartnerschaft Köniz - Prijepolje gemäss vorgelegtem Entwurf.**

## 6. Verschiedenes

**Die Parlamentspräsidentin:** Folgende Vorstösse wurde eingereicht:

0520 Motion jfk betr. Parkkarte für Gewerbetreibende der Stadt und Region Bern

0521 Überparteiliches Postulat betr. Rappentöri zum Wohnen

0522 Überparteiliches Postulat Arm (SP/JUSO) / Wyss (LdU) / Lagger (CVP) betr. Belebung des Kultur- und Begegnungszentrums in Köniz.

**Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP):** Ich orientiere euch kurz über die Veranstaltung, welche am Wochenende hier im Saal des Hessgut-Schulhauses stattfand und worüber ihr die Berichterstattungen in den Medien sicher gelesen oder gehört habt: Wir erhielten die Information, dass eine Arbeiterpartei aus der Türkei die Aula des Hessgut-Schulhauses für die Durchführung einer Parteiversammlung gemietet hat. Wir wurden durch die Kantonspolizei Bern informiert, dass Herr Dogu Perincek - jener Mann, der die Massenmorde an der armenischen Bevölkerung leugnet - anwesend sein werde. Darauf haben wir reagiert und einen Brief an die Organisatoren geschrieben, mit welchem wir jegliche Demonstrationen oder Kundgebungen verbieten und allfällige Ansammlungen sofort auflösen würden. Wir haben auch Herrn Perincek angeschrieben, dass wir ihm verbieten, sich in der Aula zum Völkermord an der armenischen Bevölkerung zu äussern. Würde er dies trotzdem tun und gegen Art. 261bis StGB verstossen, behielten wir uns vor, Strafanzeige gegen ihn einzureichen. Mit der Kantonspolizei erstellten wir ein Sicherheitsdispositiv, waren vor Ort und beobachteten die Versammlung. Herr Perincek hielt sein Referat, das durch die Kantonspolizei aufgenommen und ausgewertet wurde. Er äusserte sich zur Armenienfrage und leugnete den Massenmord wiederum. Der Kanton hat nun Strafanzeige gegen Herrn Perincek eingereicht. Die Gemeinde Köniz hat das ihr Mögliche unternommen, und wir sind froh, dass der Kanton weiter vorgeht. Wir sind - wie ihr sicher auch - entsetzt, dass eine solche Veranstaltung überhaupt auf unserem Gemeindegebiet stattgefunden hat. Diese jedoch am Samstag - nach Erhalt der Informationen durch die Kantonspolizei - abzusagen, wäre zu spät gewesen, denn wir wollten eine Eskalierung vermeiden.

**Frau Ursula Wyss (LdU):** Ich war schockiert, als ich im "Bund" vom Samstag las, dass dieser Herr Perincek hier im Hessgut auftreten wird. Er leugnet den Völkermord an der armenischen Bevölkerung - eine historische Tatsache - seit Jahren. Gegen ihn laufen bereits Strafermittlungen aus zwei Kantonen, und ich kann nicht verstehen, dass er seine Lügen weiterhin ungestraft verbreiten kann, das ist in meinen Augen ein Skandal. Ich möchte mich als Könizer Bürgerin und Parlamentarierin in aller Form davon distanzieren.

**Herr Peter Antenen (SP):** Letzte Woche wurden im Zusammenhang mit der Überbauung Schwandenhubel gewisse Korrekturen an der Talboden- und Büschiackerstrasse vorgenommen. Es wurde eine kleine Notumfahrung erstellt. Mit einem PW war es jedoch fast unmöglich, diese zu befahren, geschweige denn mit einem LKW. Eine Lieferung z.B. von Heizöl oder die Durchfahrt für die Feuerwehr wäre unmöglich gewesen. Wenn solche Sperren erfolgen müssen, wäre es nach meiner Meinung richtig, die betroffene Bevölkerung mittels eines Flugblatts zu informieren. Eine Publikation im "Anzeiger" ist zu wenig.

**Herr Ignaz Caminada (CVP):** Anscheinend ist das Thema Informationsfluss des Gemeinderates gegenüber Parlament und Öffentlichkeit unter dem Traktandum Verschiedenes sehr

wichtig: Ich habe folgende Frage: Die kantonale Alterspolitik hat eine Änderung in Bezug auf die Defizitgarantie für öffentliche Altersheime vorgesehen. Welche finanziellen Folgen hat das nun für unseren Altersheim-Verein und die Altersheime Lilienweg und Stapfen?

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich kann die finanziellen Folgen hier nicht beziffern, aber mitteilen, dass wir im Rahmen der Ermächtigungsgesuche an den Kanton eine Eingabe machen müssen. Nach Erhalt einer Antwort wird es uns möglich sein, die gewünschte Auskunft zu erteilen.

**Herr Hans Moser (SVP):** Vor kurzer Zeit war den Medien das Stelleninserat für die Neubesetzung des Parlamentssekretariates zu entnehmen. Uns scheint der Zeitpunkt der Ausschreibung recht spät, da doch die Pensionierung der jetzigen Stelleninhaberin schon bald erfolgt. Die Neubesetzung sollte nach meiner Meinung für diese wichtige Stelle gut eingeführt werden können.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich nehme das Votum entgegen und kann euch sagen, dass wir nach einer ersten Sichtung der Dossiers zusammen mit der Gemeindeschreiberin der Meinung sind, sehr gute Bewerbungen erhalten zu haben. Wir werden den Entscheid für die Neubesetzung möglichst bald fassen, damit für die Einarbeitung ein möglichst hohes Mass an Überschneidung erreicht werden kann.

**Herr Martin Graber (SP):** Während der letzten Woche konnte ich in Köniz viele glückliche Gesichter beobachten, ein tolles und schönes Kibuk-Festival in einer warmen und guten Atmosphäre hat stattgefunden; das einzig kühle Element war das Wetter. Falls unser Schatzmeister der Nation - Bundesrat Hans Rudolf Merz - in den nächsten Tagen krank würde, müsste ihm Köniz einen grossen Blumenstrauss zukommen lassen.

Am 22. August 2005 informierte uns Gemeinderat Ueli Studer unter dem Traktandum Verschiedenes über den Stand bei der familienexternen Kinderbetreuung, über die Ablehnung des Kantons für zusätzliche Mittel und die Aufrechterhaltung des Aufnahmestopps. Einen Tag später lasen wir höchst erstaunt im "Bund", dass das Gesuch aufgrund einer verpassten Frist nicht gewährt worden sei. In der KsF (Kommission für soziale Fragen) liessen wir uns den Sachverhalt durch Ueli Studer erklären. Wichtig ist nun festzuhalten, dass nicht eine verpasste Frist - falls überhaupt eine Frist bekannt gewesen wäre - zur Ablehnung des Gesuches führte. Wir wurden von Ueli Studer in dieser Angelegenheit korrekt informiert. Für die betroffenen Eltern ist das jedoch kein Trost, und Köniz muss in Sachen familienexterner Kinderbetreuung hart am Ball bleiben und das Angebot optimieren.

**Frau Brigitta Matter (SD):** Ich komme auf das alte Migros-Areal zurück und dies im Zusammenhang mit einem Text in der "BZ" vom 1. September 2005, in welchem die Herren Mentha und Wilk über das Bauvorhaben berichteten. In diesem Bericht titulieren die beiden Herren das alte Migros-Areal einen städtebaulichen Schandfleck. Das Wort Schandfleck ist den dort ansässigen Klein- und Mittelunternehmen sauer aufgestossen, sie empfinden es als Beleidigung und nicht förderlich für ihre Geschäfte. Sie zahlen der Gemeinde Zinsen und Steuern und erwarten Wohlwollen und nicht Degradierung. Unter Schandfleck verstehe ich selber etwas anderes als dieses Areal.

**Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Peter Antenen, du hast noch keine Antwort betreffend die Sperrung der Talbodenstrasse erhalten, ich kann dir jedoch keine geben. Mir war nicht bekannt, dass dort gebaut wird, auch Kollege Siegenthaler weiss von nichts. Wir nehmen deine Anfrage auf und werden uns informieren.

Zu Frau Matter. Das Wort Schandfleck kam weder aus meinem Mund noch aus jenem von Gemeindepräsident Luc Mentha. Das kann journalistische Freiheit sein. Wir wollten mit diesem Bericht keineswegs die umliegenden Geschäfte diskreditieren.

**Die Parlamentspräsidentin:** Ich habe zwar gerne kurze Sitzungen, aber ich bin momentan in Verhandlungen mit dem Gemeindepräsidenten, ob die Sitzung vom 24. Oktober überhaupt nötig ist und werde euch zu einem späteren Zeitpunkt informieren. Ich warne euch jedoch bereits jetzt vor, dass im Dezember sicher zwei Sitzungen stattfinden werden. Haltet euch den 19. Dezember 2005 frei.

Die nächste Sitzung findet am 24. Oktober 2005 statt.

Schluss der Sitzung 20.30 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher